

Kernforderungen für eine sozialverträgliche Mobilitätswende

Deutschlandticket weiterentwickeln, ÖPNV stärken

Das Deutschlandticket muss nachhaltig verstetigt und durch ein **einheitliches Sozialticket**, das für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich ist, ergänzt werden. Zudem sind **günstige Schüler- und Azubitickets** sowie **Mitnahmeregelungen für Kinder** unerlässlich. Ein **Ausbau- und Modernisierungspakt** sichert durch eine transparente, dauerhaft belastbare Finanzierung die Instandhaltung und den Ausbau der Infrastruktur und gewährleistet im ÖPNV **tarifgebundene attraktive Arbeitsplätze**. Die Zusammenarbeit von Politik, Verkehrsgesellschaften und Zivilgesellschaft ist der Schlüssel zur Mobilitätswende und einem zukunftsfähigen ÖPNV.

Transformation der Automobilindustrie politisch begleiten

Unternehmensstandorte müssen in Deutschland erhalten werden, auch um den **Rückhalt für die Transformation in der Bevölkerung** nicht zu verlieren. Schlüsselbereiche wie Batteriezellfertigung, Kreislaufwirtschaft, grüne Wasserstoffwirtschaft für die Produktion und branchenübergreifende Geschäftsfelder müssen unterstützt werden. Diese Innovationen treiben die nachhaltige Wertschöpfung und schaffen neue Arbeitsplätze. Ein **Transformationsfonds für kleine und mittlere Unternehmen** kann den Übergang zu neuen Geschäftsmodellen erleichtern. Gleichzeitig sollten regionale Transformationsnetzwerke weiter gefördert werden, um vor Ort passgenaue Lösungen zu entwickeln.

Barrieren abbauen, Zugang zu Mobilität ermöglichen

Das Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende fordert die **Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr endlich entschieden anzugehen**. Dazu gehören barrierefreie Busse, Bahnen und Bahnhöfe sowie die Überwindung von Informations- und Sprachbarrieren. Auch die Sicherheit muss für alle Fahrgäste verbessert werden.

Im Bereich Elektromobilität gilt es, die **Ladeinfrastruktur barrierefrei** auszubauen. Für Menschen mit geringen Einkommen und ohne ÖPNV-Anschluss kann „Social Leasing“ ein Weg sein, um den Übergang zur elektrischen Mobilität zu ermöglichen.

Erhalt vor Neubau und Stärkung der öffentlichen Infrastruktur

Um die Klimaziele zu erreichen, ist ein Paradigmenwechsel in der Verkehrsplanung notwendig. Statt auf den Ausbau des Straßennetzes sollte sie auf den Erhalt und die Sanierung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur ausgerichtet werden. Zudem ist eine **Verlagerung auf Schiene, Bus und aktive Mobilität** anzustreben. Besonders im ländlichen Raum muss die Erreichbarkeit von Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs verbessert werden. **Kommunen benötigen mehr Finanzmittel von Bund und Ländern** für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, um gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen.

Die Vision Zero im Verkehrssektor verwirklichen

Das Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende fordert eine **radikale Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr**: Schutz für zu Fuß Gehende und Radfahrende durch sichere Geh- und Radwege, Neugestaltung gefährlicher Kreuzungen, Temporeduktionen und separate Ampelschaltungen. Diese Maßnahmen sind entscheidend, um das **Ziel der Vision Zero**, null Unfall tote im Straßenverkehr, zu erreichen und sowohl objektive Sicherheit als auch das Sicherheitsgefühl aller Verkehrsteilnehmenden zu verbessern. Die jüngste Reform von StVG und StVO ist ein Anfang.

Das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende bündelt die Expertise aus Gewerkschaften (IG Metall, ver.di, DGB), Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbänden (VdK, SoVD, AWO, VCD, BUND, NABU) sowie der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), um zusammen die Transformation der Mobilität in Deutschland zu unterstützen. Gemeinsam vertritt das Bündnis viele Millionen Mitglieder und bietet eine Plattform für die Fragestellungen rund um eine soziale und ökologische Mobilitätswende. Das Bündnis wird gefördert und unterstützt durch die Stiftung Mercator. Weitere Informationen, Positionen und Pressemitteilungen finden Sie unter: www.nabu.de/mobilitaetswende

